

Impressum

Herausgeber

Axel Stefek für den Verein der Freunde und Förderer des Stadtmuseums Weimar im Bertuchhaus e. V.

Anschrift

Freunde und Förderer des Stadtmuseums Weimar im Bertuchhaus e. V.
Prof. Dr. Christian Hecht (Vorsitzender)
Karl-Liebknecht-Straße 7
99423 Weimar

Autoren nicht namentlich gekennzeichnete Texte

Sonderausstellungen im Bertuchhaus:
Dr. Alf Rößner und die Kuratoren
Mittwochsvorträge:
Dr. Ulrike Müller-Harang und die Referenten
Führungen: Axel Stefek und die Referenten
Mitgliederliste: Thomas Scholl
Personenregister: Axel Stefek

Redaktion, Lektorat

Axel Stefek

Endkorrektur

Maria Ewers, Claudia von der Heyde,
Dr. Ulrike Müller-Harang

Gestaltung

Andreas Waldmann
Waldmann. Büro für Gestaltung, Weimar

Bildnachweis

Die Bildquellen werden grundsätzlich bei den entsprechenden Abbildungen angegeben. Der Herausgeber hat sich bemüht, die Inhaber von Rechten, die mit der Wiedergabe von Abbildungen verbunden sind, zu ermitteln. Sollten dennoch Rechte versehentlich verletzt worden sein, so bittet der Herausgeber um sofortige Benachrichtigung.

Redaktionsschluss

31. Oktober 2022

ISSN 2699-5263

Umschlagabbildungen

Vorn: Ernst Schäfer (zugeschrieben):
Verkehrspolizistin am Goetheplatz,
1946 (Ausschnitt). Siehe S. 10.

Hinten: Emil Orlik: Exlibris für Wilhelm
Schölermann, 1899. Siehe S. 110.

Frontispiz

Oskar Schlechtweg: Weimar, Rathaus
(Ausschnitt). – Weimars Rathaus glänzt und strahlt seit Neuestem, wie es vielleicht nie aussah. Viele alte Fotos – bis etwa zur Mitte des 20. Jahrhunderts natürlich sämtlich in Schwarzweiß – zeigen ein Bauwerk, dessen von venezianisch anmutenden Terrakotta- und Werksteinelementen gegliederte, horizontal und vertikal „eingerahmte“ Wände mit deutlich erkennbarem Fugenbild eher dunkel wirken. Das ehemals altehrwürdige Aussehen des 1841 im wiederentdeckten mittelalterlichen Stil der Gotik errichteten Bauwerks war sicherlich nicht unbeabsichtigt. Moden wechseln, und auch denkmalpflegerische Auffassungen sind einem Wandel unterworfen. – Unser Foto zeigt eine Aufnahme aus dem ersten Drittel des 20. Jahrhunderts und gehört somit nicht zu den ältesten Darstellungen des Rathauses. *Stadtmuseum Weimar, Sammlung Schlechtweg, Scan des Negativs: Alexander Rutz*



BEITRÄGE ZUR WEIMARER GESCHICHTE

↪ 2023 ↪

Jahresschrift des Vereins der Freunde und Förderer
des Stadtmuseums Weimar im Bertuchhaus e. V.

Herausgegeben von Axel Stefek

- 66 Korrigiert aus: 1949. Die Wiedereinweihung fand zu Goethes Geburtstag 1948 statt (siehe Anm. 33).
- 67 Die Eliminierung des Namens Fürstengruft erfolgte Anfang 1952; vgl. Lehrke 2016 (wie Anm. 20), S. 97.
- 68 Das Denkmal für den im KZ Buchenwald ermordeten KPD-Vorsitzenden Ernst Thälmann (1886–1944) ist am 17. August 1958 enthüllt worden.
- 69 Das 1901 eingeweihte Denkmal für den Reichskanzler Otto von Bismarck (1815–1898) wurde am 11. Mai 1949 gesprengt.
- 70 Das Denkmal für William Shakespeare (1564–1616) hatte von 1950 bis 1963 seinen Platz vor der „Bastille“, dem ehemaligen Torhaus des Schlosses.
- 71 1976 ist das Denkmal dann doch – aus politischen Gründen – entfernt worden; vgl. Rainer Müller (Bearb.): Kulturdenkmale in Thüringen. Stadt Weimar. Altstadt (Denkmaltopografie Deutschland), Bd. 1, S. 338.
- 72 Die Stadtführungen wurden vom Deutschen Reisebüro (Weimarer Filiale am Goetheplatz im ehemaligen Lese-museum) organisiert; vgl. oben u. a. Abb. 3.
- 73 Vgl. Rudolf Wendt: Erinnerung an Wolfgang Vulpus, den ersten Vorsitzenden unseres Freundeskreises. In: Informationen für Freunde des Stadtmuseums Weimar im Bertuchhaus e. V., 2017, S. 1324–1326. – In den frühen 1950er Jahren arbeitete Vulpus auch als Stadtführer (siehe Anm. 21).

- 74 Toni Deneke (geb. 1883, Todesjahr nicht ermittelt), Schriftstellerin, stammte aus Mansfeld, lebte in den 1950er Jahren in Leipzig. Vgl.: Toni Deneke 75 Jahre alt. In: Thüringer Landeszeitung, 4. Juni 1958. – Die von Apel erwähnten Bücher „Das Testament. Menschenschicksale um das Haus am Frauenplan“ (Erstauflage 1953) und der Roman „Das Fräulein Göchhausen“ (Erstauflage 1955) erschienen beide bei Kiepenheuer in Weimar mit mehreren Nachauflagen.
- 75 Vgl. Todesanzeige in Thüringer Neueste Nachrichten [TNN], 30. August 1962; [Nachruf] Albrecht von Heinemann †, in: TNN, 31. August 1962; [Nachruf] Albrecht von Heinemann †, in: Thüringer Tageblatt, 5. September 1962.
- 76 Ludwig Bäte (1892–1977) lebte nach 1945 nicht in Weimar, sondern in Westdeutschland, er war u. a. Kulturdezernent und Stadtarchivar in Osnabrück. Das von Apel erwähnte Buch „Weimar. Antlitz einer Stadt“ erschien erstmals 1956 in dem Weimarer Verlag Kiepenheuer und erlebte Nachauflagen bis 1970.
- 77 Heute: Carl-August-Allee.

Franz Waurig

Erinnerung an die „Opfer des Stalinismus“ in Weimar. Die Gedenktafeln am Amtsgerichtsgebäude

„Wir gedenken der Opfer / des Stalinismus“. In weißen Buchenstaben auf dunklem Stoff geschrieben, umrahmte der Spruch die improvisierte Tribüne am Platz der Demokratie. (Abb. 1) Die neunte Weimarer Dienstademonstration am 19. Dezember 1989 war im Gegensatz zu den vorherigen Kundgebungen eine weitgehend stille Versammlung. Dem Leipziger Vorbild folgend zogen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit einem Schweigemarsch durch die Stadt. Sie passierten dabei auch das damalige Volkspolizeikreisamt im Amtsgerichtsgebäude an der Carl-von-Ossietzky-Straße.¹ Am Eingang wies zu diesem Zeitpunkt eine Tafel mit knappen Worten auf die Nutzung des Gebäudes als Fallbeilichtungsstätte während der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft hin. Über die Geschichte des Ortes nach 1945 waren Gerüchte bekannt, Erzählungen, die – wenn überhaupt – nur im engsten Familienkreis weitergegeben wurden.

Nach langem Schweigen endlich sprechen – das war seit dem Herbst 1989 möglich. Zuerst zögerlich, meldeten sich im Laufe des letzten Jahres der DDR immer mehr Personen, die über ihre Verhaftung durch die sowjetische Besatzungsmacht oder die Internierung von Angehörigen berichten wollten. In den Medien fanden sie erstmals Gehör, an den Orten ehemaliger Speziallager konnten sie der Verstorbenen gedenken und Erinnerungszeichen setzen. Seit Ende Januar 1990 richtete sich die Aufmerksamkeit in Thüringen besonders auf die Nationale Mahn- und Gedenkstätte Buchenwald, nachdem auf dem Gelände anonyme Gräber gefunden wurden, die der Zeit des sowjetischen Speziallagers zugeordnet wurden. Am Nordhang des ehemaligen Lagergeländes entstand ein individueller Trauerplatz, eine eigene Arbeitsstelle zur Erforschung der Thematik wurde gebildet und eine erste kleine „Materialsammlung“ präsentiert.² Aber auch fernab des Ettersberges setzten sich ehemalige Verhaftete und Speziallager-Insassen dafür ein, frühere Haftorte in der Öffentlichkeit zu thematisieren und an ihren Orten Tafeln und Gedenksteine für die „Opfer des Stalinismus“ zu setzen.

Der vorliegende Artikel entstand im Rahmen des wissenschaftlichen Forschungsprojektes „Gedenken ohne Wissen?“³, in dem sich die Gedenkstätte Buchenwald seit 2019 mit der Erinnerung an sowjetische Verhaftungen und Speziallager auseinandersetzt. Er ist auch eine Reaktion auf die Recherchen für einen Stadtrundgang zur sowjetischen Besatzungszeit in Weimar, den das Projektteam 2021 konzipierte. Wir stellten damals fest, dass fast niemand, mit dem/r wir sprachen, etwas über die Gedenktafeln für die „Opfer des Stalinismus“ am Amtsgerichtsgebäude mitteilen oder die Erinnerungszeichen verorten konnte. Diese „Leerstelle“ der Weimarer Stadtgeschichte regte zum Nachforschen an. Der Beitrag befasst sich nicht allein mit der Historie des Gebäudes und der Stadt selbst. Er gibt Querverweise auf viele andere Orte – denn: Das Amtsgerichtsgebäude besitzt als Gerichts- und Haftgebäude sowie als Erinnerungsort überregionale Bedeutung. Allein die im Folgenden angedeuteten Verbindungen reichen nach Altenburg, Eisenach und auch weit darüber hinaus bis nach Moskau. Diese Spuren gilt es nachzuverfolgen. Daneben beschäftigt sich der Beitrag mit den in- und externen Akteuren, die die Setzung der unterschiedlichen Erinnerungszeichen



Abb. 1 Improvisierte Rednertribüne mit Spruchband bei der Dienstademonstration auf dem Platz der Demokratie am 19. Dezember 1989.

Foto: Klaus Hiltcher / Stadtarchiv Weimar

initiierten und auch inhaltlich prägten. Streit um die Deutungshoheit über die Geschichte des Ortes und die thematisierten Opfergruppen blieb dabei in den letzten dreißig Jahren nicht aus.

Die Formulierung „Opfer des Stalinismus“ (OdS)

Der Begriff „Opfer des Stalinismus“ verdankt seine Verbreitung in der westlichen Öffentlichkeit vor allem dem heißer werdenden „Kalten Krieg“ der beginnenden 1950er Jahre. Seit Beginn stand er dabei – nicht unbeabsichtigt – in direkter Konkurrenz zu den „Opfern des Faschismus“. Während die postfaschistische deutsche Öffentlichkeit ihre vielfältigen Verstrickungen in die nationalsozialistischen Gewaltverbrechen leugnete und NS-Opfer oft um ihre Anerkennung kämpfen mussten, bestand in der Bundesrepublik ein breiter Konsens über die stalinistische Diktatur in der Sowjetunion und ihren Satellitenstaaten, deren Opfer es zu unterstützen galt. Die sowjetischen Speziallager waren noch nicht vollständig aufgelöst, als ehemalige Gefangene und Internierte Anfang Februar 1950 in West-Berlin die „Vereinigung der Opfer des Stalinismus“ (VOS) gründeten. Eine breite Öffentlichkeit erfuhr der „OdS“-Begriff u. a. im November 1951, als der Verband am Steinplatz in Charlottenburg einen umstrittenen Gedenkstein mit der Inschrift „DEN OPFERN / DES / STALINISMUS“ setzte. Als Gegenpol erfolgte zwei Jahre später durch den „Bund der Verfolgten des Naziregimes“ in unmittelbarer Nähe die Einweihung des Denkmals für die „Opfer des Faschismus“. Markierten die 1950er Jahre einen Höhepunkt, so geriet der „OdS“-Begriff bereits im Folgejahrzehnt mit der Neuausrichtung der bundesdeutschen Ostpolitik in den Hintergrund und fristete bald ein Nischendasein.

In der öffentlichen Berichterstattung der DDR wurde die Formulierung „Opfer des Stalinismus“ vor dem Herbst 1989 nur sehr selten benutzt; erklärbar u. a. durch die Abwehr einer Auseinandersetzung mit dem Begriff „Stalinismus“ im Rahmen der mehr als halbherzigen Entstalinisierung. Die DDR-Medien verwendeten den „OdS“-Begriff zumeist während der 1950er Jahre und im Zusammenhang mit den als „Agenten- und Terrororganisationen“

diffamierten bundesdeutschen Häftlingsverbänden.⁵ Das änderte sich erst mit der Systemerosion im Oktober 1989. Zunächst bezog er sich nun vor allem auf SED-Parteimitglieder, die in den 1950er Jahren repressiert wurden, so etwa Walter Janka und Gustav Just. Teile von Justs Buchmanuskript „Zeuge in eigener Sache“ wurden am 5. Dezember 1989 im Rahmen eines „Sonderkonzertes für die Opfer des Stalinismus“ im Ost-Berliner Schauspielhaus gelesen.⁷ Wissenschaftliche Institutionen in der DDR gingen unmittelbar nach dem Sturz Honeckers und dem Mauerfall daran, sich mit den „Opfern des Stalinismus“ auseinanderzusetzen. An der Wilhelm-Pieck-Universität Rostock bildete sich am 15. November 1989 eine Arbeitsgruppe „Opfer des Stalinismus“. Das Ost-Berliner Institut für die Geschichte der Arbeiterbewegung (IfGA, ehemals Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED) folgte einen Monat später.⁹

Spätestens seit Januar/Februar 1990 wurde der „OdS“-Begriff zunehmend inflationär genutzt, was aufgrund der damaligen gesellschaftlichen Situation nicht verwundert: Immer mehr Betroffene meldeten sich in dieser Zeit öffentlich zu Wort und berichteten über unterschiedlichste Formen staatlicher Repressionen in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) und in der DDR. Sie forderten ihre Rehabilitierung und Anerkennung, darüber hinaus einen Bruch mit der „stalinistischen Vergangenheit“. Zuvor noch weitgehend unberücksichtigt, spielten die sowjetischen Verhaftungen und Speziallager ab Frühjahr 1990 eine immer größer werdende Rolle im gesellschaftlichen Diskurs. Die bundesdeutschen Opferverbände, allen voran die VOS, unterstützten diese Entwicklung. Sie wurden nun auch auf dem Gebiet der DDR öffentlichkeitswirksam aktiv.¹¹ Eine zentrale Rolle kam dabei Thüringen zu. Die VOS trat am 3. März 1990 in Erfurt erstmals mit einem Infostand in Erscheinung und wählte die Stadt auch für ihr erstes großes „Deutschlandtreffen“ nach der Vereinigung, das im September 1991 stattfand.¹²

Problematisch bleibt neben der sprachlichen Nähe zum „OdF“-Begriff die inhaltliche Unschärfe. Bis heute gibt es unterschiedliche Definitionen, was unter der Bezeichnung „Stalinismus“ genau zu verstehen ist, welchen Zeitraum er umfasst und wer zu seinen Opfern gehört. Die unterschiedlichen Datierungen reichen für die SBZ/DDR von 1945 bis 1989/90, wobei sich die größten Diskussionen um das zeitliche Ende drehen. Wegmarken setzen dabei u. a. die Auflösung der noch verbliebenen Speziallager 1950 und der Tod des Diktators 1953, ferner der XX. Parteitag der KPdSU 1956 und die finale Krise des Regimes 1989. So gab es beispielsweise 1993 um die Gedenktafel für die in den Haftanstalten Waldheim und Hoheneck verstorbenen Häftlinge auf dem städtischen Zentralfriedhof in Chemnitz erbitterten Streit, da die Inschrift auf die Opfer der Jahre 1950 bis 1956 verwies. Der VOS-Bundesvorsitzende Richard Knöchel monierte, „daß der kommunistische Terror in Hoheneck erst 1989 zu Ende ging“, sah gar eine „Verharmlosung durch Verschweigen der Fakten“. Der Text wurde in der Folgezeit nicht verändert, sondern 2019 sogar durch eine weitere Tafel unterstrichen.¹⁴

Ein Beispiel totalitarismustheoretischer Vermengung der Faschismus- und Stalinismus-Opfer stellte nicht zuletzt die erste VOS-Gedenkveranstaltung in Buchenwald „für die Opfer 58jähriger [sic!] Diktatur in Deutschland“ am 5. Mai 1990 dar.¹⁶ Letztere Formulierung zeigt die besonders seit 1989/90 vermehrt auftretenden Variationen an „Opfer“-Bezeichnungen, wie wir sie in den Inschriften vieler Erinnerungszeichen finden. Sie reichen von den „unschuldigen Opfern stalinistisch-kommunistischer Gewaltherrschaft“ auf dem Beamtenfriedhof Waldheim über jene „des Faschismus, Stalinismus und anderer Gewalt-

herrschaft“ auf dem Friedhof in Bad Langensalza bis zu den „unschuldigen Opfern des stalinistischen Terrors“ am Amtsgericht in Weimar.¹⁷ (Abb. 6c und 7)

Das Amtsgerichtsgebäude – Überblick

Das Weimarer Amtsgerichtsgebäude wurde zwischen 1913 und 1916 an der Ecke Watzdorfstraße/Bahnhofstraße (heute Carl-von-Ossietzky-Straße/Ernst-Thälmann-Straße) nach Entwürfen des Architekten und späteren Weimarer Oberbaudirektors Jakob Schrammen (1871–1944) im Stil des Neobarock errichtet und im August 1917 bezogen. (Abb. 2) Das Haus vereinte Amts- und Landgericht, die Staatsanwaltschaft und für einige Zeit auch die Thüringer Landeswetterwarte.¹⁸ Im nördlichen Teil des Gebäudekomplexes schließt sich eine kleine Haftanstalt für maximal 150 Häftlinge an, die in Einzel- und Mehrpersonenzellen untergebracht werden können. Zwischen 1917 und 2014 wurde das Gebäude für Haft- und Arrestzwecke genutzt:

- 1917 bis 1945 als Gerichtsgefängnis,
- 1945 bis 1950 als Operativgefängnis der sowjetischen Besatzungsmacht,
- 1950 bis 1990 als Untersuchungshaftanstalt des Ministeriums des Innern,
- 1990 bis 1992 als eigenständige Justizvollzugsanstalt (JVA),
- 1992 bis 2001 als Zweiganstalt der JVA Erfurt,
- 2001 bis 2011 als Zweiganstalt der Jugendstrafanstalt Ichtershausen
- sowie 1999 bis 2014 zudem als Jugendarrestanstalt.¹⁹

Im südlichen Teil befand sich ab 1952 das Volkspolizeikreisamt, von 1990 bis 2007 die Polizeidirektion Weimar. Seit der Verlegung der Jugendarrestanstalt nach Arnstadt 2014 diskutiert die Stadt über eine zukünftige Nutzung des Areals, etwa durch freie Kunst- und Kulturschaffende oder – wie 2021 vorgebracht – als Ausstellungsort der Klassik-Stiftung.²⁰

Nutzung des Gerichtsgebäudes im Nationalsozialismus

Während der Zeit des Nationalsozialismus befand sich im Amtsgerichtsgebäude das sogenannte Sondergericht Weimar²¹ für den Oberlandesgerichtsbezirk Jena. Die Nationalsozialisten richteten diese Gerichte seit März 1933 zur „beschleunigten Aburteilung politischer Straftaten“ ein.²² Die verhandelten Vorwürfe reichten von „Führerbeleidigung“, „Heimtücke“ (bezogen auf die „Heimtückeverordnung“ von 1934 zur Einschränkung politischer Meinungsfreiheit), „Verbotener Umgang mit Kriegsgefangenen oder Zwangsarbeitern“ bis zur „Wehrkraftzersetzung“. Die Sondergerichte waren gefürchtet, sie sprachen nicht selten selbst bei Bagatellen die Todesstrafe aus.²³ Im Innenhof des Gerichtsgebäudes befand sich zur Vollstreckung eine Fallbeilhinrichtungsstätte. Dort wurden zudem Urteile anderer Gerichte vollzogen, so etwa des Sondergerichts Erfurt sowie der Landgerichte in Erfurt, Nordhausen, Naumburg, Halle und Dessau.²⁴ Bis 1943 wurden 100 Hinrichtungen durchgeführt, bis zum Ende der NS-Herrschaft sollten es 197 sein. Der zuständige Oberstaatsanwalt Dr. Heinrich Seesemann vermerkte 1940, dass „das Gerichtsgefängnis Weimar ständig dadurch besonders belastet [ist], dass ohne Unterbrechung zum Tode Verurteilte einsitzen. [...] Mit einer Abnahme ist kaum zu rechnen.“²⁵ Im Januar 1945 wurden neun Mitglieder einer Suhler Widerstandsgruppe im Halbminutentakt hingerichtet. Bis zum



Abb. 2 Oskar Schlechtweg: Das Justizgebäude von Nordwesten. Teile des weitläufigen Gebäudekomplexes dienten von Beginn an als Gerichtsgefängnis. In den Jahren des Nationalsozialismus, der Sowjetischen Besatzungszone und der frühen DDR wurden hier politisch motivierte Urteile gefällt, darunter nicht wenige Todesurteile. – Frühe Aufnahme, wohl kurz nach der Fertigstellung um 1917. Vgl. auch S. 14, Abb. 4; S. 76, Abb. 3.

Stadtmuseum Weimar, Sammlung Schlechtweg, Scan des Negativs: Alexander Rutz

Kriegsende blieben die Todeszellen im Weimarer Gefängnis mit Verurteilten besetzt, noch am 4. April 1945 wurden zehn weitere Häftlinge von der Gestapo geholt und im Webicht erschossen.²⁶

Ernst Reindel (1899–1945/46), der als Scharfrichter bis 1943 Hinrichtungen im Weimarer Gerichtsgebäude durchführte, und sein Gehilfe Rochus Geng (1890–1945/46) wurden im Sommer 1945 verhaftet und durch das Sowjetisches Militärtribunal (SMT)²⁷ der 77. Gardeschützendivision verurteilt, allerdings nicht in Weimar. Gemeinsam mit weiteren Scharfrichtern, die ursprünglich aus dem Ort Gommern stammten, und anderen wurden sie in die Sowjetunion verbracht und dort hingerichtet.²⁸

Das Justizgebäude in der sowjetischen Besatzungszeit

Nach dem Zweiten Weltkrieg nutzte die sowjetische Besatzungsmacht das Justizgebäude und die angrenzenden Häuser. (Abb. 3) Um das Areal ließ sie einen großen Bretterzaun ziehen, wodurch Unbefugten der Zutritt verwehrt wurde. Sowjetische Militärtribunale beanspruchten Räume des Gebäudes für Verhandlungen und Verurteilungen, die Hafträume dienten dem Geheimdienst NKVD²⁹ als Operativgefängnis. Als Ersatz für das von der Besatzungsmacht beanspruchte Amtsgerichtsgebäude wurden durch deutsche Stellen bis

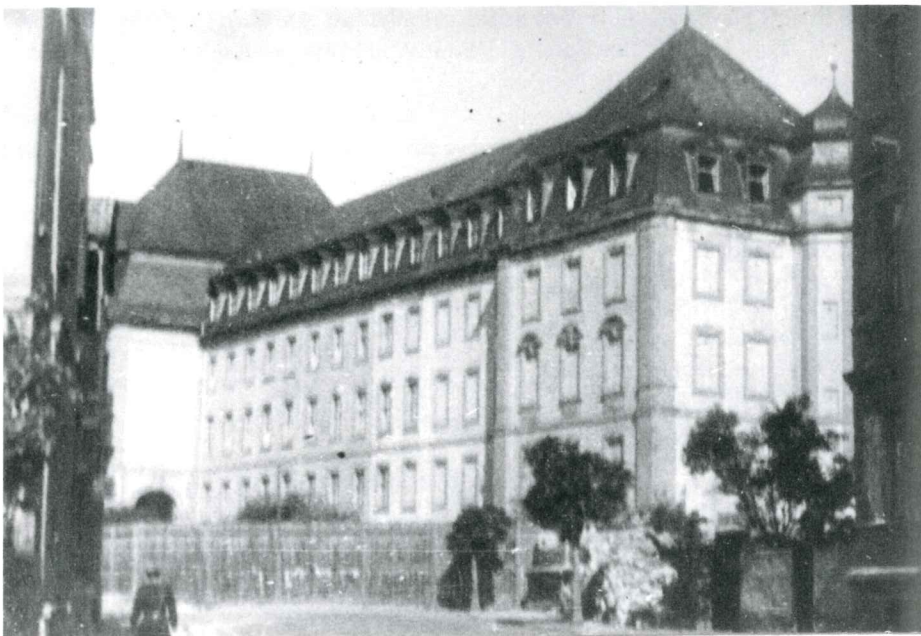


Abb. 3 Das von einer Bretterwand umgebene Amtsgericht war auch Sitz eines Sowjetischen Militärtribunals. Aufnahme vermutlich 1945/46. Vgl. auch S. 14, Abb 4; S. 75, Abb. 2.

Sammlung Lutz Scheider

1950 Zellenräume im Marstall genutzt, in denen etwa 50 Personen untergebracht werden konnten. Ursprünglich war dafür das Militärgefängnis in der Wilhelmallee (heute Leibnizallee) vorgesehen.³⁰

Das Amtsgerichtsgebäude fungierte als Bindeglied zwischen der Stadt Weimar und dem sowjetischen Speziallager Nr. 2. Zum einen wurden nichtverurteilte Personen aus den Haftzellen in das Speziallager auf dem Ettersberg überstellt. Zum anderen ließen die Geheimdienstmitarbeiter Internierte aus dem Lager nach Weimar bringen und dort verurteilen. Für die Zeit bis 1947 sind mehrere SMT nachgewiesen, die in Weimar – womöglich an unterschiedlichen Orten³¹ – verhandelten und Urteile aussprachen, so das Militärtribunal der 11. (Garde-)Panzerdivision, jenes der 8. Gardearmee und das SMT des Landes Thüringen.³² Nach Gründung der DDR sprachen hier auch die SMT der Truppenteile 48240 und 07335 hohe Haftstrafen und Todesurteile aus.

In Berichten von Zeitzeuginnen und Zeitzeugen finden sich wiederholt Äußerungen zu den schlechten Haftbedingungen im Gefängnis Weimar. Überbelegungen, Kälte, harte Verhörmethoden und die Isolation von der Außenwelt kennzeichneten den Haftalltag. Franz Höncher, Jahrgang 1905, während des Nationalsozialismus politischer Leiter in Rams-la und NSDAP-Zellenleiter in Schwerstedt, wurde im September 1945 durch den sowjetischen Geheimdienst verhaftet und über das Weimarer Gefängnis in das Speziallager Nr. 2 Buchenwald überstellt, von wo er 1948 entlassen wurde. Über seinen Aufenthalt berichtete er rück-

blickend: „Erst einmal schafften sie uns nach Weimar ins Amtsgericht. In eine kleine Zelle, vielleicht gerade mal groß genug für zwei – wir aber belegten sie mit vierzehn Mann. Belegen ist schon richtig, alle vierzehn nebeneinander auf dem nackten Beton – wie Sprotten in der Dose. Weimar war ein verdammt erbärmliches Gefängnis. Vom Essen will ich gar nicht erst sprechen [...]“³³

Harry Ulrich, Jahrgang 1911, als Blockleiter der NSDAP verhaftet, gab 1990 zu Protokoll: „Ohne Essen und Trinken landeten wir im Amtsgericht [...]. Hier wurden wir in Einzelzellen gesperrt und fast immer nachts bei grellem Licht von einem russischen Offizier und einer ukrainischen Dolmetscherin verhört. [...] Bewegung war fast jeden Tag eine Stunde im Gefängnishof unter einer scharfen Bewachung. Es durfte nicht gesprochen werden.“³⁴ Ulrich kam im September 1945 in das Speziallager Nr. 2 auf dem Ettersberg, 1947 wurde er zum Arbeitseinsatz nach Karaganda in der kasachischen Steppe überstellt.

Der Fall der „Eisenacher Jugendlichen“ 1945/46

Besonders hart traf es im Herbst 1945 eine Gruppe von 33 Eisenacher Jugendlichen. Unter dem Vorwurf der Zugehörigkeit zur NS-Partisanenorganisation Werwolf wurden sie verhaftet und über das Eisenacher Justizgebäude nach Weimar gebracht. Es folgten gewaltsame Verhöre, anschließend sprach das Militärtribunal der 11. (Garde-)Panzerdivision im Januar 1946 zunächst gegen alle Verhafteten Todesurteile aus. Monate später erfuhren 24 der Verurteilten eine Begnadigung zu hohen Lagerstrafen. Sie kamen in die Speziallager Torgau, Sachsenhausen und Bautzen, wo einige von ihnen aufgrund der schlechten Lebensumstände verstarben. Neun Todesurteile wurden im Amtsgerichtsgebäude vollstreckt. Der genaue Ort ist unbekannt. Zeitzeugen und Journalisten berichteten in den 1990er Jahren von möglichen Erschießungen im Keller des Gebäudes.³⁵

Während die SPD den Fall in der Bundesrepublik bereits Anfang der 1950er Jahre publik machte, mussten Betroffene und Angehörige in der DDR bis 1989 schweigen.³⁶ Nach dem Mauerfall meldeten sie sich in den Medien und Häftlingsverbänden zu Wort. Sie berichteten ausführlich über den Fall der „Eisenacher Jugendlichen“. Bereits im April 1990 druckte die neugegründete „Südthüringer Zeitung“ in sechs Artikeln einen Erinnerungsbericht von Helmut Braun, dessen Todesurteil in zehn Jahre Lagerhaft umgeändert wurde.³⁷ Im Mai 1990 folgte sein Mitgefangener Günter Salm mit einem Beitrag in der bundesdeutschen VOS-Zeitung „Freiheitsglocke“.³⁸ (Abb. 4) Gemeinsam mit anderen ehemaligen Verhafteten initiierten beide die Setzung einer Gedenktafel am Eingang des Weimarer Gefängnisses in der Ernst-Thälmann-Straße. Unterstützung für ihr Vorhaben erhielten sie von der VOS Eisenach.³⁹ Die Finanzierung erfolgte über



Abb. 4 Die ehemaligen Speziallager-Insassen Günter Salm und Rolf Rust (v. l.), 1997. Sie gehörten zur Gruppe der 33 Eisenacher Jugendlichen, die im Frühjahr 1946 im Amtsgericht Weimar durch ein Sowjetisches Militärtribunal verurteilt wurden.

Stadtarchiv Eisenach, 51.2-123-029.305



Abb. 5 Gedenk-
tafel am Eisenacher
Theaterplatz für die
verhafteten 33 Jugend-
lichen, August 2021.

Franz Waurig, Gedenk-
stätte Buchenwald

die Stadt Eisenach und das Land Thüringen.⁴⁰ Zur Einweihung am 9. Oktober 1992 hielt der Weimarer Pfarrer Erich Kranz, selbst ehemaliger Speziallager-Häftling in Bautzen, eine Rede.⁴¹ Die Tafelinschrift gibt keine Informationen zu den Eisenacher SMT-Verurteilten, sie lautet: „DEN UNSCHULDIGEN / OPFERN / DES STALINISTISCHEN / TERRORS“. (Abb. 7) Im näheren Umfeld fehlen weitere Erklärungen. Den Einheimischen ist das Erinnerungszeichen wenig bekannt und auch in der Forschungsliteratur taucht es bisher nicht auf.⁴² Die Boulevardzeitung „BILD Thüringen“ nahm die Geschichte der „Eisenacher Jugendlichen“ zur Grundlage für eine neunteilige Serie unter dem reißerischen Titel „Der Tod in Weimar“.⁴³ 1994/98 rehabilitierte die Russische Militärhauptstaatsanwaltschaft mindestens die Hälfte der ehemaligen Verhafteten aus Eisenach.⁴⁴

Öffentliches Erinnern an die 33 Jugendlichen in Eisenach

In Eisenach hängt die Entstehung eines Erinnerungszeichens für die 33 verhafteten Jugendlichen mit dem öffentlich reaktivierten Kriegstotengedenken nach dem Ende der DDR zusammen. 1995 wurde an der zentral gelegenen Georgenkirche unterhalb der Gedenktafel für die Gefallenen des Ersten Weltkrieges eine weitere mit der Inschrift „1939-1945 / DEN OPFERN VON KRIEG UND GEWALT“ eingeweiht. Im Rahmen dieser Setzung wurde der „Vereinigung der Opfer des Stalinismus“ (VOS) nach eigener Angabe die Anbringung eines Gedenkzeichens für die 1945 verhafteten 33 Eisenacher Jugendlichen in Aussicht gestellt.⁴⁵ Unterstützung erfuhr der Opferverband für sein Vorhaben seitens der Eisenacher SPD. Das Justizgebäude am Theaterplatz als ehemaliger Sitz der sowjetischen Kommandantur und Haftort schied jedoch für die Anbringung aus, da „das Gebäude nach wie vor als Gericht genutzt wird.“⁴⁶

Schließlich wurde auf das nebenstehende Gebäude⁴⁷ des Ernst-Abbe-Gymnasiums ausgewichen. Die Schule selbst beteiligte sich 1996 mit einem Projekt an der Aufarbeitung der Verhaftungen und Verurteilungen, in dem auch Zeitzeuginnen und Zeitzeugen befragt wurden.⁴⁸ Am 11. Mai 1998 weihten der Thüringer Ministerpräsident Bernhard Vogel (CDU), der Eisenacher Oberbürgermeister Hans-Peter Brodhun (CDU) und der VOS-Be-

zirksgruppenvorsitzende Joachim Kleemann im Beisein von mehreren Betroffenen eine Gedenktafel ein.⁴⁹ Sie trägt folgende neunzeilige Inschrift: (Abb. 5)

„Im Gedenken an die Opfer / von Gewalt und Unrecht / 1945 – 1989
/ In Erinnerung an / 33 Eisenacher Jugendliche / im Alter von 13 – 21
Jahren / 1945 verhaftet, 1946 verurteilt / und 9 von ihnen hingerichtet /
Ihr seid unvergessen“

Im Rahmen der Einweihung wurden im Eisenacher Rathaus eine Präsentation zu den verhafteten Jugendlichen und im Bürgerhaus der Dokumentarfilm „Wir dachten, der Krieg ist vorbei“ gezeigt, im Mai 1999 schließlich die Ausstellung „Todesurteile gegen Kinder“ der Konrad-Adenauer-Stiftung im Elisabeth-Gymnasium der Stadt.⁵⁰ 1998 gaben die VOS-Bezirksgruppe Eisenach und der Thüringer Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR zudem eine Broschüre über die Eisenacher Verhaftungen heraus.⁵¹ Auf dem Eisenacher Theaterplatz finden bis heute jährlich am 17. Juni (Volksaufstand von 1953) und am 13. August (Schließung der DDR-Staatsgrenze 1961) Kranzniederlegungen statt, die durch die demokratischen Parteien und die Stadtverwaltung organisiert werden.⁵²

Weitere Gedenktafeln am Amtsgerichtsgebäude in Weimar

Seit Ende der 1980er Jahre entstanden im Umfeld des Eingangs zum Amtsgericht Weimar drei weitere Erinnerungszeichen. Am 7. Mai 1987, unmittelbar vor dem „Jahrestag der Befreiung vom Faschismus“, wurde durch das Komitee der Antifaschistischen Widerstandskämpfer bei der SED-Kreisleitung Weimar die bereits eingangs genannte Gedenktafel aus Sandstein für die Opfer der Fallbeilhinrichtungsstätte eingeweiht.⁵³ Die Steintafel trug die zwölfzeilige Inschrift

„HIER BEFAND SICH / IM HOF DES / LANDGERICHTSGEBÄU-
DES / 1933-1945 / DIE HINRICHTUNGSSTÄTTE / DER FA-
SCHISTISCHEN / TERRORJUSTIZ / IM LAND THÜRINGEN /
UNVERGESSEN / DIE KÄMPFER / DIE IHR LEBEN / FÜR UNS
GABEN“.⁵⁴

Neben dem Marstall, wo drei Jahre zuvor eine Tafel am Haupttor gesetzt wurde⁵⁵, erinnerte nun ein weiteres Zeichen an nationalsozialistische Justiz und Haft in Weimar. Über die spätere Nutzung durch die sowjetische Besatzungsmacht erfuhren Interessierte an beiden Orten bis zum Ende der DDR jedoch nichts.

Im Juni 1996 – zeitgleich mit der Installation einer Gedenktafel für den SMT-Verurteilten Alfred Diener am Amtsgerichtsgebäude – polemisierte der Weimarer Journalist Bernhard Hecker gegen das alte Erinnerungszeichen von 1987. Groll hatte in ihm die Reinigung der inzwischen verwitterten Tafel hervorgerufen. Er sah in ihr ein im „SED-Pathos“ verfasstes Relikt, das einer Ehrung nicht gerecht würde: „Denn hier“, so Hecker, „gaben keine ‚Kämpfer ihr Leben für uns‘, hier wurden nicht einmal politische Gegner umgebracht, hier starben ‚arme Schweine‘, die in die Mühlen der Nazijustiz geraten waren.“⁵⁶ Heckers verba-



Abb. 6 Erinnerungszeichen im Eingangsbereich des Amtsgerichtes Weimar.

V. l. n. r.: a) Tafel für die Opfer der Fallbeilhinrichtungsstätte (eingeweiht 1987, erneuert 2015), b) Tafel für den verurteilten Arbeiter Alfred Diener (eingeweiht 1996) und c) Tafel für den Altenburger Jugendwiderstand (eingeweiht 1998).

Foto: Franz Waurig, Gedenkstätte Buchenwald (Juli 2020)

ler Ausfall gegen die sehr wohl auch aus politischen Gründen verurteilten und hingerichteten Personen ist ein typisches Beispiel für den Umgang mit DDR-Erinnerungszeichen für NS-Opfer nach 1989/90. Als steinerne Beispiele des ‚verordneten Antifaschismus‘ wurden sie nicht selten aus Unwissenheit entfernt oder umgestaltet, was auch mit ihren pathetischen, jedoch nichtssagenden Inschriften zusammenhing. Eine tiefgreifende Auseinandersetzung mit den Denkmälern und den historischen Hintergründen ihrer Setzungen gab es selten.⁵⁷ Stärker noch als die Diskussion um den Text machte das schlechte Material in den 2000er Jahren eine Überarbeitung der Tafel am Amtsgerichtsgebäude nötig. Diese schloss eine Veränderung der ursprünglichen Inschrift und Erweiterung des darin angesprochenen Personenkreises um die bisher marginalisierten Opfer der NS-Militärjustiz ein.⁵⁸ Am 9. Mai 2015 konnte die überarbeitete Fassung der Gedenktafel durch das „Bürgerbündnis gegen Rechts“ (BgR) eingeweiht werden. Sie trägt seither die Inschrift (Abb. 6 a):

„FALLBEIL- / HINRICHTUNGSSTÄTTE / 1937 – 1945 / IM GEDENKEN / AN DIE ERMORDETEN / WIDERSTANDSKÄMPFER, / DESERTEURE / UND OPFER DER / NS-SONDERJUSTIZ“.⁵⁹

Neben der bereits erwähnten „OdS“-Tafel von 1992 finden sich am Gebäude zwei weitere Erinnerungszeichen, die mit sowjetischen Verhaftungen und Verurteilungen in Beziehung stehen. Seit dem 18. Juni 1996 erinnert eine Bronzetafel links des Eingangs an Alfred Diener. (Abb. 6 b) Diener wurde am 17. Juni 1953 als vermeintlicher „Rädelsführer“ des Volksaufstandes von Jena nach Weimar gebracht. Das Militärtribunal des Truppenteils 07335 verurteilte ihn zum Tode und ließ das Urteil umgehend vollstrecken.⁶⁰ Die Gedenktafel geht

zurück auf die Initiative des Weimarers Gerhard Rose, der sich u. a. 1994 in einer Petition an den Bundestag für die Ehrung des Jenaers einsetzte.⁶¹

Der barrierefreie Umbau im Eingangsbereich des Amtsgerichtes beeinträchtigt seit einiger Zeit das unmittelbare Umfeld dieser Gedenktafel. Die neuinstallierte Rollstuhlrampe gibt nur wenig Platz zur Ablage von Blumenschmuck oder Kränzen. Die Tafel wurde vom Weimarer Künstler Klaus Fleischmann gestaltet und trägt die Inschrift (Abb. 6 b):

„EINEN TAG NACH DEM VOLKSAUF- / STAND VOM 17. Juni 1953 WURDE / DER 26JÄHRIGE ALFRED DIENER AUS / JENA IN DEN MORGENSTUNDEN VON / EINEM SOWJETISCHEN MILITÄR- / TRIBUNAL IN WEIMAR ZUM TODE / VERURTEILT UND STANDRECHTLICH / ERSCHOSSEN / IN EHRENDEM GEDENKEN / STADT WEIMAR“.

In seiner Heimatstadt Jena verweisen mehrere Erinnerungszeichen auf Alfred Diener, so eine 1993 eingeweihte Straße im Neubaugebiet Jena-Lobeda, eine 2002 gesetzte Tafel am Löbdergraben und eine Inschrift auf dem 2010 eingeweihten, von den Weimarer Künstlern Sibylle Mania und Martin Neubert geschaffenen Denkmal „Zum Gedenken an die politisch Verfolgten in der sowjetischen Besatzungszone und in der DDR zwischen 1945 und 1989“.⁶²

Die dritte Tafel verweist auf den Jugendwiderstand in Ostthüringen. Mehrere Altenburger Schüler störten im Dezember 1949 eine Rundfunkrede zu Stalins 70. Geburtstag. Sie kennzeichneten verschiedene Punkte der Stadt mit dem Buchstaben „F“ (Freiheit) und fertigten Flugblätter an. Nach einer großen Verhaftungsaktion im März/April 1950 wurden mehrere Jugendliche und Lehrer – aber auch ein Fuhrgeschäftsbesitzer – nach Weimar gebracht, wo das Militärtribunal des Truppenteils 48420 gegen sie verhandelte. Vier Personen im Alter von 19 bis 21 Jahren wurden zum Tode verurteilt, nach Moskau überstellt und dort hingerichtet.⁶³ 14 weitere erhielten teilweise hohe Haftstrafen und kamen in DDR-Gefängnisse oder Lager in der Sowjetunion. Als letzter kehrte 1957 Ulf Uhlig zurück, der zu 25 Jahren Besserungsarbeitslager verurteilt worden war. Die ebenfalls von Klaus Fleischmann geschaffene Gedenktafel wurde der Öffentlichkeit am 13. September 1998 – auf den Tag 48 Jahre nach den Urteilsprüchen des Militärtribunals – übergeben.⁶⁴ Sie befindet sich linkerhand der gleichgroßen Tafel für die Opfer der Fallbeilhinrichtungsstätte. Ihre Inschrift lautet (Abb. 6 c):

„DEN UNSCHULDIGEN OPFERN DES STALINISTISCHEN TERRORS / FÜR VIELE NAMENLOSE OPFER: / SIEGFRIED FLACK 31.1.1929 / HINGERICHTET IN MOSKAU AM 15.12.1950 / LUDWIG HAYNE 1.9.1931 / HINGERICHTET IN MOSKAU AM 28.4.1951 / HANS-JOACHIM NÄTHER 8.12.1929 / HINGERICHTET IN MOSKAU AM 12.12.1950 / WOLFGANG OSTERMANN 18.11.1928 / HINGERICHTET IN MOSKAU AM 12.12.1950 / HIER VERURTEILT VOM SOWJETISCHEN MILITÄRTRIBUNAL / DER EINHEIT 48 240 AM 13.9.1950 / VOLL REHABILITIERT VON DER RUSSISCHEN / MILITÄRSTAATSANWALTSCHAFT IN MOSKAU / AM 8.11.1995 / KYRIE ELEISON“.



Abb. 7 Erinnerungszeichen „Den unschuldigen Opfern des stalinistischen Terrors“ am Eingang zur ehemaligen Haftanstalt an der Ernst-Thälmann-Straße (eingeweiht 1992).

Foto: Franz Waurig, Gedenkstätte Buchenwald (Juli 2020)

Die deckungsgleiche Überschrift „Den unschuldigen Opfern des stalinistischen Terrors“ setzt sie in Bezug zu der bereits 1992 am Eingang zur Haftanstalt an der Ernst-Thälmann-Straße eingeweihten, jedoch nur selten wahrgenommenen Gedenktafel.⁶⁵ (Abb. 7) An der Einweihungsveranstaltung nahmen ehemalige Verurteilte und Gulag-Häftlinge teil. Die „Lagergemeinschaft Workuta/GULag Sowjetunion“ legte dabei auch einen Kranz vor der Gedenktafel für die Opfer der NS-Fallbeilhinrichtungsstätte ab. Seine Schleife trug den Text „Ehre den Opfern des nationalsozialistischen Terrors“.⁶⁶

Auch in Altenburg und Meuselwitz finden sich Erinnerungszeichen für den Jugendwiderstand. Im Neubaugebiet Altenburg-Nord wurden zum 1. Januar 1991 die vormals nach dem SED-Politiker Heinrich Rau und der Funktionärin und zweiten Frau Erich

Honeckers Edith Baumann benannten Straßen in *Siegfried-Flack-Straße* und die *Ludwig-Hayne-Straße* umbenannt. Sie gehören in Thüringen zu den ersten Erinnerungszeichen, die sowjetische Verhaftungen thematisieren.⁶⁷ Im Foyer des Altenburger Friedrichgymnasiums, ihrer früheren Schule, befindet sich seit 1995 eine hölzerne Gedenktafel „zum Gedenken an die Opfer des Stalinismus“, am Hospitalplatz wurde 2003 ein Gedenkstein gesetzt.⁶⁸ In Meuselwitz erfolgte am 8. September 2001 die Übergabe eines Erinnerungszeichens „zum Gedenken an die Opfer der kommunistischen Diktatur und an den Widerstand an unserer Schule [...]“ vor dem heutigen Veit-Ludwig-von-Seckendorff-Gymnasium.⁶⁹

Schlussbetrachtung

Der im Winter 1989/90 in Gang gesetzte Prozess öffentlicher Aufarbeitung der Geschichte sowjetischer Verhaftungen und Speziallager in der (ehemaligen) DDR geht auch nach 30 Jahren weiter. Fragestellungen, die in den ersten Jahren vor allem auf die Klärung individueller Schicksale und die Zusammensetzung der Verhafteten-/Häftlingsgesellschaft zielten, sind noch immer wichtig, werden jedoch um andere Themenkomplexe erweitert. Die Aufarbeitung und Erinnerung selbst sind mittlerweile – mit dem notwendigen zeitlichen Abstand einer Generation – zum Gegenstand wissenschaftlicher Untersuchung geworden. Im Mittelpunkt stand und steht dabei – neben Sachsenhausen – besonders die Gedenkstätte Buchenwald, die seit dem letzten Jahr der DDR an die zweifache Geschichte des Ortes als Haft- und Leidensstätte erinnert. Erste Holzkreuze auf den Grablagen am Nordhang wiesen Anfang der 1990er Jahre teilweise auf Personen, die von der sowjetischen Besatzungsmacht gar nicht nach Buchenwald verbracht wurden. Die Spur der Vermissten verliert sich an anderen Orten, ihr Verbleib ist teilweise bis heute nicht rekonstruierbar. Wenn et-

was sinnbildlich für die jahrzehntelange Nichtinformation auch der nächsten Angehörigen dieser Verhafteten steht, dann vielleicht jene frühen Erinnerungszeichen.

Während diese großen Gedenkstätten im kollektiven Gedächtnis einen wichtigen Platz einnehmen, haben es viele kleinere Haft- und heutige Erinnerungsorte schwerer, so auch das Amtsgerichtsgebäude in Weimar. Obwohl ein zentraler Ort der nationalsozialistischen Terrorjustiz und nach Kriegsende der sowjetischen Verurteilungen in Thüringen, ist das Wissen über ihn marginal. In zwei unterschiedlichen politischen Systemen entstanden im Laufe von elf Jahren vier Erinnerungszeichen für die Opfer verschiedener – von einigen mit Vorsatz gleichgesetzter – Diktaturen. Die Auseinandersetzung mit ihnen, der Blick auf die (Nicht-)Diskussion um das steingewordene Gedenken zeigt beispielhaft die Entwicklung der Erinnerungskultur im vereinten Deutschland.

Anmerkungen

- 1 Ähnliche Gedenkkundgebungen für die „Opfer des Stalinismus“ fanden auch an anderen Orten der DDR statt, u. a. am 21. Dezember 1989 in Erfurt. Vgl. „Gedenken an Opfer des Stalinismus“, in: Thüringische Landeszeitung (Weimar), 19. Dezember 1989, 45. Jg., Nr. 298, S. 1.; „Letzte 89er Demo bei Glockengeläut“, in: Thüringer Neueste Nachrichten (Weimar), 21. Dezember 1989, 39. Jg., Nr. 300, S. 4.; „Dem Aufruf aus Leipzig gefolgt“, in: Thüringer Tageblatt (Weimar), 21. Dezember 1989, 44. Jg., Nr. 300, S. 6.; „Schweigemarsch für die Opfer des Stalinismus“, in: Das Volk (Weimar), 22. Dezember 1989, 45. Jg., Nr. 301, S. 1.
- 2 Die Speziallager-Arbeitsgruppe bildete sich Ende Februar 1990, die erste Ausstellung wurde am 14. September 1990 im ehemaligen Kammergebäude eröffnet und dort bis zum 18. September 1994 gezeigt. Vgl. „Buchenwald 1945 bis 1950 – Recht oder Rache? Aus Briefen von Betroffenen“, in: Thüringer Allgemeine (Weimar), 2. März 1990, 1. Jg., Nr. 40, S. 3.; „Ausstellung über Nachkriegslager“, in: Thüringer Allgemeine (Weimar), 15. September 1990, 1. Jg., Nr. 204, S. 2.; „Buchenwald: Die Opfer der Jahre 1945–1950 mahnen“, in: Der Morgen, 24. September 1990, 46. Jg., Nr. 223, S. 12.; „Last der Erinnerung“, in: Thüringische Landeszeitung (Weimar), 26. September 1990, 46. Jg., Nr. 225, S. 3.; „Der Weg ist frei für die Neugestaltung“, in: Thüringische Landeszeitung (Weimar), 20. September 1994, 50. Jg., Nr. 220, S. 5.
- 3 Das Projekt gehört zum Forschungsverbund „Diktaturerfahrung und Transformation“, in dem die Universitäten Erfurt und Jena, die Stiftung Ettersberg sowie die Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora zusammenarbeiten. Die einzelnen Teilprojekte beschäftigen sich mit unterschiedlichen Aspekten „biographischer Verarbeitungen und gesellschaftlicher Repräsentationen in Ostdeutschland seit den 1970er Jahren“. Der Verbund wird mit Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung gefördert. Siehe: <https://verbund-dut.de/> (Letzter Zugriff: 19. Mai 2022).
- 4 Das Denkmal war das erste seiner Art im Westen der geteilten Stadt. Vgl. Stefanie Endlich: Berlin, in: Dies. (u. a.): Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus. Eine Dokumentation. Bd. II. Bonn 1999, S. 27–227, hier S. 40; Anna Kaminsky (Hg.): Orte des Erinnerns. Gedenkzeichen, Gedenkstätten und Museen zur Diktatur in SBZ und DDR. 3., überarb. u. erw. Aufl. Berlin 2016, S. 58.
- 5 Siehe u. a. „Westberliner Terrorbanden arbeiten mit Adenauer zusammen“, in: Neues Deutschland, 17. Mai 1952, 7. (63.) Jg., Nr. 116, S. 8.; „Geheimdienste bespitzeln sich gegenseitig“, in: Neues Deutschland, 22. August 1954, 9. (65.) Jg., Nr. 196, S. 3.; „Agentenbrut unter Gehlens Fittichen“, in: Neues Deutschland, 14. Februar 1957, 12. (68.) Jg., Nr. 39, S. 2.
- 6 Das Buch erschien 1990 schließlich im Ost-Berliner Buchverlag Der Morgen, siehe Gustav Just: Zeuge in eigener Sache. Die fünfziger Jahre. 1. Aufl. Berlin (Ost) 1990.
- 7 „Sonderkonzert für die Opfer des Stalinismus“, in: Neues Deutschland, 30. November 1989, 44. Jg., Nr. 282 B, S. 4.
- 8 Vgl. Karl-Heinz Jahnke: Aus der Tätigkeit der Arbeitsgruppe „Opfer des Stalinismus“ in Rostock, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung 32 (1990) 3, S. 410–414, hier S. 410.
- 9 Vgl. Protokollnotiz zur Beratung über die Erfassung stalinistischer Repressionen im IfGA, 15. Dezember 1989, Bundesarchiv (BArch) Berlin, Bestand DY30/37889, unpag.
- 10 Selbst die zentrale SED-Zeitung „Neues Deutschland“ meldete im Dezember 1989 enthusiastisch in einer Überschrift auf der Titelseite: „Sonderparteitag vollzog den endgültigen Bruch mit der stalinistischen Vergangenheit“, in: Neues Deutschland, 9./10. Dezember 1989, 44. Jg., Nr. 290 B, S. 1.
- 11 Die erste VOS-Gruppe der DDR bildete sich im Februar 1990 in Oranienburg. Unmittelbar nach ihrer Gründung besuchte sie die Nationale Mahn- und Gedenkstätte Sachsenhausen, um an die Toten des Speziallagers Nr. 7/1 zu erinnern. Vgl. „Neue Bezirksgruppe“, in: Freiheitsglocke 40 (1990), Heft 460, S. 10.
- 12 Vgl. „Vereinigung der Opfer des Stalinismus stellte sich vor“, in: Thüringer Neueste Nachrichten (Weimar), 5. März 1990, 40. Jg., Nr. 54, S. 2.; „Wir treffen uns in Erfurt!“, in: Freiheitsglocke 41 (1991), Heft 476, S. 1.; „Unser Deutschlandtreffen in Erfurt“, in: Freiheitsglocke

- 41 (1991), Heft 478, S. 5.; „Deutschlandtreffen in Erfurt. Wiedersehen und Demonstration“, in: Freiheitsglocke 41 (1991), Heft 479/480, S. 6–7.
- 13 „Chemnitz, vergaß’ roten Terror von 1956–1989“, in: Freiheitsglocke 43 (1993), Heft 504, S. 6.
- 14 Vgl. „Und jeder sah und las die Namen“, in: Der Stachel-draht (2019) 4, S. 12; Pressemitteilung der Stiftung Sächsische Gedenkstätten, 28. Februar 2019, online: <https://www.stsg.de/cms/stsg/aktuelles/einweihung-einer-namenstafel-chemnitz-fuer-waldheim-und-hoheneck-verstorbene> (Letzter Zugriff: 27. März 2022).
- 15 Vgl. VOS-Flugblatt zur Veranstaltung in der Nationalen Mahn- und Gedenkstätte Buchenwald, in: Freiheitsglocke 40 (1990), Sonderausgabe, o. S. (Einleger).
- 16 Vgl. „Gedenken an Opfer der Diktaturen“, in: Junge Welt, 7. Mai 1990, 44. Jg., Nr. 105 A, S. 1; „Kein Pardon den Schuldigen“, in: Thüringer Allgemeine (Weimar), 8. Mai 1990, 1. Jg., Nr. 94, S. 3; „Gedenken für die Opfer“, in: Freiheitsglocke 40 (1990), Heft 463, S. 9; Nationale Mahn- und Gedenkstätte Buchenwald (Hg.), Jahresinforma-tion 1990. [Weimar 1991], S. 7.
- 17 Vgl. Kaminsky 2016 (wie Anm. 4), S. 455, 532.
- 18 Vgl. Rainer Müller (Bearbeiter): Stadt Weimar. Stadt-erweiterung und Ortsteile. Altenburg 2009, S. 684–686 (= Denkmaltopographie Bundesrepublik Deutschland. Kulturdenkmale in Thüringen 4.2); Gitta Günther (u. a., Hg.): Weimar. Lexikon zur Stadtgeschichte. Weimar 1998, S. 237.
- 19 Vgl. Geschichte der JVA Weimar in Wort und Bild, un-datiert. Der historische Abriss wurde von Mitarbeitern der Jugendarrestanstalt Weimar erstellt und seinerzeit auf der Internetpräsenz der Einrichtung veröffentlicht, jedoch nicht anderweitig publiziert. Es handelt sich – nach Kenntnis des Autors – um die bisher einzige Übersicht zum Strafvollzug im Weimarer Amtsgericht von 1917 bis zur Schließung 2011/2014.
- 20 Vgl. „Wo befindet sich in Weimar ...?“, in: Das Volk (Weimar), 25. September 1952, 7. Jg., Nr. 230, S. 6.; „Ex-Gefängnis als Ausstellungshaus“, in: Thüringische Landes-zeitung (Weimar), 13. August 2021, 77. Jg., Nr. 187, S. 13.
- 21 Zum Sondergericht Weimar siehe Grit Kurth: Das Sonder-gericht Weimar, in: Katrin Beger (u. a., Hg.), „Ältestes be-wahrt mit Treue, freundlich aufgefaßtes Neue“. Festschrift für Volker Wahl zum 65. Geburtstag. 1. Aufl. Rudolstadt 2008, S. 523–542.
- 22 Cornelia Schmitz-Berning: Vokabular des Nationalsozia-lismus. Berlin (u. a.) 1998, S. 587.
- 23 Vgl. Kurth 2008 (wie Anm. 21), S. 527–528.
- 24 Vgl. ebenda (wie Anm. 21), S. 539–540.
- 25 Schreiben des Oberstaatsanwalts Dr. Heinrich Seesemann an den Jenaer Generalstaatsanwalt Dr. Werner Wurmstich, 11. Dezember 1940, LAth-HStA Weimar, Thüringischer Generalstaatsanwalt Jena, Nr. 605, Bl. 82r, hier zitiert nach Kurth 2008 (wie Anm. 21), S. 541.
- 26 Vgl. Abschlussbericht des Landeskriminalamts zu den Morden im Weibicht, 15. April 1948, LAth-HStA Weimar, NS-Archiv des MfS, ZR 915, Akte 7, Bl. 16–18r, zitiert nach Marlis Gräfe (u. a., Hg.): Die Geheime Staatspolizei im NS-Gau Thüringen 1933–1945. II. Halbband. Erfurt 2004, S. 477–481 (= Quellen zur Geschichte Thüringens 24/II); „Wir sterben unschuldig“, in: Thüringische Lan-deszeitung (Weimar), 4. Januar 2020, 76. Jg., Nr. 3, S. 17.
- 27 Sowjetische Militärtribunale waren Militärgerichte in den Einheiten der sowjetischen Armee, des sowjetischen Innenministeriums (NKVD/MVD) und der sowjetischen Staatssicherheit (NKGB/MGB). Als Grundlage der Verfahren in der SBZ/DDR dienten die alliierten Be-schlüsse zur Verfolgung von NS-Verbrechen, aber auch das sowjetische Strafrecht – wenn es etwa um die Ahndung von Kriegsverbrechen, aber auch um Opposition gegen die Besatzungsmacht ging. Verurteilungen von Deutschen nahmen SMT in der DDR bis zum Jahr 1955 vor.
- 28 Vgl. Andreas Weigelt (u. a., Hg.): Todesurteile sowie-tischer Militärtribunale gegen Deutsche (1944–1947). Eine historisch-biographische Studie. Kurzbiographien. Göttingen 2016, S. 136, 315, 348, 508, 545–546, 701 (= Schriften des HAIt 56); „Geschichten zwischen Elbe und Fläming: Der Scharfrichter aus Gommern“, in: Genthiner Volksstimme, 9. Dezember 2016, 70. (127.) Jg., Nr. 287, S. 19.
- 29 Narodnyj komissariat vnutrennyj del (Volkskommissa-riat für innere Angelegenheiten der UdSSR, 1934–1946), ab 1946 Ministerstvo vnutrennyj del (Innenministe-rium).
- 30 Vgl. Reisebericht über die Besichtigungsfahrt der Abtei-lung IV A durch die Anstalten der Landesjustizverwaltung in Thüringen in der Zeit vom 17.–21. Juni 1946, undatiert, ThLA-HStA Weimar, MdI, 110/1, Bl. 2, 4.
- 31 Nach Aussage des ehemaligen Speziallager-Internierten Rudolf Haupt befand sich 1946 das Militärtribunal der 8. Gardearmee in der „Villa Dürckheim“, Cranachstraße 47. Das Gebäude wurde während dieser Zeit durch den sowjetischen Geheimdienst genutzt. Vgl. Interview mit Rudolf Haupt, 11. September 1996, Buchenwaldarchiv, BwA-V-007, Timecode: 00:31:07-00:32:00.
- 32 Dies ergibt die Auswertung des Biographienteils der Forschungsarbeit „Todesurteile sowjetischer Militärtri-bunale gegen Deutsche (1944–1947)“, Weigelt 2016 (wie Anm. 28).
- 33 Franz Höchner: Die Russen waren besser als die Deut-schen ..., in: Hanno Müller (Hg.): Recht oder Rache? Bu-chenwald 1945–1950. Betroffene erinnern sich. Frankfurt (Main) 1991, S. 61–66, hier S. 61–62.
- 34 Bericht von Harry Ulrich, [Februar] 1990, Buchenwald-archiv, BwA S-B-149, Bl. 2.
- 35 Vgl. u. a. „Erste Erschießungen – und Stalins Gnade“, in: BILD Thüringen, 10. April 1993, S. 3 (5. Folge der Serie „Der Tod in Weimar“, für weitere Informationen siehe Anm. 43); „Ich vergebe dem Mann, der mich gefoltert hat“, in: BILD Thüringen, 16. April 1993, (9. Folge der Serie „Der Tod in Weimar“).
- 36 Vgl. Vorstand der SPD (Hg.): Die Einen sind im Dunkeln ... Jugend hinter Stacheldraht. Mainz [1950], S. 6–9.
- 37 Vgl. „Ein ehemaliger Eisenacher berichtet über die schwersten Jahre seines Lebens. Als 16-jähriger interniert“, in: Südhörsinger Zeitung, 21.–27. April 1990, 1. Jg., Nr. 37–42.
- 38 Vgl. „Vergessen können wir niemals“, in: Freiheitsglocke 40 (1990) 462, S. 5–6.
- 39 Die Bezirksgruppe Eisenach der VOS bildete sich am 11. Mai 1991. Helmut Braun und Günter Salm gehörten dem Verband an, letzterer übernahm 1992 deren Leitung in Eisenach. Vgl. Pressemitteilung der VOS, 11. Mai 1991, Stadtarchiv Erfurt, Bestand 5/783A-20, unpag.; Protokoll der Versammlung der VOS-Bezirksgruppe Eisenach, 12. Dezember 1992, a. a. O., unpag.
- 40 Vgl. Protokoll der Versammlung der VOS-Bezirksgruppe Eisenach, 19. September 1992, ebenda (siehe Anm. 39), unpag.
- 41 Vgl. „Gedenktafel für die Opfer“, in: Freiheitsglocke 42 (1992) 493, S. 10; „Gedenktafel für Stalin-Opfer“, in: Thüringer Allgemeine (Weimar), 8. Oktober 1992, 3. Jg., Nr. 237, S. 9; „Den unschuldigen Opfern des stalinisti-schen Terrors“, in: Thüringische Landeszeitung (Weimar), 10. Oktober 1992, 48. Jg., Nr. 239, S. 14; Mitteldeutscher Rundfunk, Video MDR 9283101009. Kristin Zehentner: Gedenktafelenthüllung in Weimar, in: Thüringenjournal 92/197, 9. Oktober 1992.
- 42 So fehlt ein Eintrag in dem seit 2004 mehrfach aufgelegten Kompendium „Orte des Erinnerns“ der Bundesstiftung Aufarbeitung. Die Gedenktafel für den Altenburger Jugendwiderstand wird dagegen aufgeführt. Möglicher-weise ist dieser Umstand der gleichen Überschrift beider Tafeln – „Den unschuldigen Opfern des stalinistischen Terrors“ – geschuldet. Vgl.: Kaminsky 2016 (wie Anm. 4), S. 600–601.
- 43 Vgl. Serie „Der Tod in Weimar“. In BILD Thüringen, 5.–16. April 1993. Die Titel der einzelnen Folgen geben bereits Rückschluss auf die tendenziöse inhaltliche Ge-staltung der Beiträge, die durch Stereotypisierungen der sowjetischen Besatzungsmacht und eine totalitarismus-theoretische Diktion gekennzeichnet sind, so u. a. „Immer wieder sind diese Teufel über die junge Frau hergefallen“ (2. Folge, 6. April 1993), „Der Weg in die Hölle – mit verbundenen Augen“ (3. Folge, 7. April 1993), „Sachsen-hausen 1947. Nazis haben schon alles im Griff“ (6. Folge, 13. April 1993), „Schlagt sie tot – zuerst die Jungs!“ (7. Folge, 14. April 1993). Die Veröffentlichung erfolgte zeitgleich mit dem Verweis auf die Auswertung russischer Speziallager-Archivmaterialien in der Gedenkstätte Buchenwald. So platzierte die Zeitung den Einspalter „Sowjet-KZ Buchenwald. 24 000 Namen, 7113 Tote“ am 7. April 1993 neben dem dritten Teil der Artikelserie.
- 44 Die „Datenbank Rehabilitierte Verurteilte“ der Dokumen-tationsstelle Dresden der Stiftung Sächsische Gedenk-stätten verzeichnet 17 Rehabilitierungen zu Personen der Eisenacher Gruppe. In 15 Fällen ist der Bescheid einsehbar. Siehe: <https://www.stsg.de/cms/dokstelle/rehabilitation/datenbank-rehabilitierte-verurteilte> (letzter Zugriff: 4. Mai 2022).
- 45 Vgl. Kurzinformation der Stadtverwaltung Eisenach, Amt 47, zu einer Besprechung mit Vertretern der VOS am 21. September 1996, 23. September 1996, Stadtarchiv Eisenach, Bestand 40.5.03.02-081, unpag.
- 46 Schreiben von Michael Hildebrandt, Mitglied der SPD-Kreistagsfraktion Wartburgkreis, an das Stadtarchiv Eisenach, 12. September 1996, ebenda, unpag.
- 47 Heute befindet sich in dem ehemaligen Schulgebäude ein Restaurant.
- 48 Vgl. Schreiben des Stadtarchivs Eisenach zur Vorberei-tung eines „Gedenkortführers zur SED-Diktatur“ der Bundesstiftung Aufarbeitung, 8. März 2001, Stadtarchiv Eisenach, Bestand 40.5.03.02-081, unpag.
- 49 Vgl. „Ministerpräsident enthüllte Gedenktafel für 33 Op-fer“, in: Thüringer Allgemeine (Eisenach), 12. Mai 1998, 9. Jg., Nr. 110, S. 13.
- 50 Siehe ebd.; „Gedenktafel und Film über Schicksale Jugendlicher nach 1945“, in: Thüringer Allgemeine (Eisenach), 11. Mai 1998, 9. Jg., Nr. 109, S. 9; „Ohne Beweise wurden Todesurteile gefällt“, in: Thüringer All-gemeine (Eisenach), 27. Mai 1999, 10. Jg., Nr. 121, S. 13; Veranstaltungankündigung zur Ausstellung „Todesurteile gegen Kinder“, Schulchronik des Elisabeth-Gymnasiums Eisenach, E-Mail-Korrespondenz des Autors mit Tino Na-zareth, Schulleiter des Elisabeth-Gymnasiums Eisenach, 29. Juni 2021.
- 51 Landesbeauftragter des Freistaates Thüringen für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (Hg.): Todesurteile gegen Kinder. Erinnerung an 33 Eisenacher Jugendliche, die 1945 verhaftet wurden. Erfurt 1998 (= Der Landebeauftragte des Freistaates Thüringen für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehe-maligen DDR informiert, Reihe C, Monographien).
- 52 Vgl. Telefonat des Autors mit Heidrun Sachse, SPD-Orts-verein Eisenach, 12. August 2021.
- 53 Vgl. „Im Gedenken an die Opfer der faschistischen Terrorjustiz“, in: Das Volk (Weimar), 9. Mai 1987, 42. Jg., Nr. 108, S. 5; „Gedenktafel wurde enthüllt“, in: Thü-ringische Landeszeitung (Weimar), 9. Mai 1987, 43. Jg., Nr. 108, S. 8; Monika Kahl: Thüringen. In: Endlich 1999 (wie Anm. 4), S. 779–913, hier S. 905; Vgl. Gitta Günther/Jürgen Postel: Gedenktafeln in Weimar. Zeitzeugen der Geschichte. Weimar 2018, S. 108.
- 54 Die Inschrift folgt einer Fotografie der Tafel aus den späten 1980er Jahren, Stadtarchiv Weimar, Bestand 60 10-5/26 (Sammlung Kurt Schindler).
- 55 Die Tafel im Marstall wurde am 21. Juli 1984 enthüllt. Sie trägt die Inschrift „IM MARSTALL BEFAND SICH / 1939–1945 / EIN GESTAPO-GEFÄNGNIS / IN DIESER FOLTERHÖLLE / WURDEN ANTI-FASCHISTEN / UNMENSCHLICH GEQUÄLT / UNTER IHNEN / THEODOR NEUBAUER / UND MAGNUS POSER / KARL BARTHEL / EDWIN BERGNER / BRUNO BORCHERT / AUGUST FRÖLICH / JOHANN OLLIK / ROBERT SIEWERT / UND 149 IM WEBICHT ERMORDETE OPFER“. Ihre grafische Gestaltung übernahm Hans-Jürgen Keffler, die Fertigung Kurt Stiefel. Siehe: Bezirksleitung Erfurt der SED, Bezirkskommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung/Bezirkskomitee Erfurt der antifaschistischen Widerstandskämpfer der DDR/Rat des Bezirkes Erfurt, Abteilung Kultur (Hg.): Gedenk-stätten der Arbeiterbewegung. Bezirk Erfurt. 2., ergänzte Aufl. [Weimar] 1985, S. 61; Kahl 1999 (wie Anm. 53), S. 904–905.
- 56 „Stadtblick: Die Last der Geschichte“, in: Thüringer All-gemeine (Weimar), 13. Juni 1996, 7. Jg., Nr. 137, S. 16.
- 57 Beispiele dieser Art gibt es viele. So versuchte u. a. der Tannrodaer Bürgermeister Theo Bloß (CDU) 1991, die erst sieben Jahre zuvor im Ort gesetzte Todesmarsch-stele durch ein „Mahnmal“ zu ersetzen, „das neben den Buchenwaldhäftlingen auch der Gefallenen des zweiten Weltkrieges und der Opfer des Stalinismus gedenkt“. Siehe: „Gedenkstein paßt nicht mehr“, in: Thüringische Landeszeitung (Weimar), 22. Mai 1991, 47. Jg., Nr. 118, S. 5.
- 58 Bereits am 7. Dezember 2000 wurde in der Gedenk-stätte Buchenwald für die Opfer der NS-Militärjustiz ein

Erinnerungszeichen eingeweiht. Vgl.: Harry Stein: Ein Gedenkstein für Deserteure, in: Weimar Kultur Journal 9 (2000) 11, S. 16–17.

- 59 Vgl. „Der Hinrichtungsplatz ist bis heute sichtbar“, in: Thüringische Landeszeitung (Weimar), 11. Mai 2015, 71. Jg., Nr. 108, S. 21.
- 60 Vgl. „Gedenktafel wird enthüllt“, in: Thüringer Allgemeine (Weimar), 15. Mai 1996, 7. Jg., Nr. 114, S. 17; „Gedenktafel für Alfred Diener“, in: Thüringische Landeszeitung (Weimar), 18. Juni 1996, 52. Jg., Nr. 141, S. 11; „Wider die Regime-Willkür“, in: Thüringische Landeszeitung, 19. Juni 1996, 52. Jg., Nr. 142, S. 14; Kaminsky 2016 (wie Anm. 4), S. 600; Günther 2018 (wie Anm. 53), S. 36.
- 61 Vgl. „In Bronze gegossenes Erinnern“, in: Thüringer Allgemeine (Weimar), 19. Juni 1996, 7. Jg., Nr. 142, S. 22.
- 62 Vgl. Kaminsky 2016 (wie Anm. 4), S. 564–567. Das Denkmal wird hier als „Denkmal für die Verfolgten der kommunistischen Diktatur“ bezeichnet, es befindet sich in der Gerbergasse 18, dem ehemaligen Sitz der Staatssicherheit in Jena.
- 63 Siegfried Flack, Hans-Joachim Näther und Wolfgang Ostermann wurden am 13. September 1950 zum Tode verurteilt. Ludwig Hayne wurde erst am 20. Juli 1950 bei einer Aktion der „Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit“ (KgU) in Ost-Berlin verhaftet. Er wurde nach Weimar überstellt und durch das SMT 48420 am 21. Februar 1951 zum Tode verurteilt. Vgl. Enrico Heitzer: „Einige greifen der Geschichte in die Speichen“. Jugendlischer Widerstand in Altenburg/Thüringen 1948 bis 1950. Berlin 2007. S. 154–184. Zu den Kurzbiographien siehe Arsenij Roginskij (u. a., Hg.): „Erschossen in Moskau ...“

Die deutschen Opfer des Stalinismus auf dem Moskauer Friedhof Donskoje 1950–1953. 3., vollst. überarb. Aufl. Berlin 2008, S. 179, 219, 324–325, 335–336.

- 64 Vgl. „Tafel erinnert an Stalinismus-Opfer“, in: Thüringer Allgemeine (Weimar), 14. September 1998, 9. Jg., Nr. 216, S. 9; „Ehrendes Gebet für Terror-Opfer“, in: Thüringer Allgemeine (Weimar), 15. September 1998, 9. Jg., Nr. 217, S. 13; Kaminsky 2016 (wie Anm. 4), S. 600–601.
- 65 Auch die 2018 herausgegebene Übersicht zu den Weimarer Gedenktafeln listet nur die Tafel von 1998 auf, verweist jedoch nicht auf das Erinnerungszeichen von 1992. Vgl. Günther/Postel 2018 (wie Anm. 53), S. 111.
- 66 Stadtarchiv Erfurt, Bestand S/783A-85 (Chronik der Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V.), unpag. (Foto 32, unbekannter Fotograf).
- 67 Vgl. „48 neue Straßennamen in Altenburg“, in: Leipziger Volkszeitung (Altenburg/Schmölln), 29./30. Dezember 1990, 97. Jg., Nr. 302, S. 9; „Siegfried Flack & Ludwig Hayne“, in: Leipziger Volkszeitung (Altenburg/Schmölln), 1. Februar 1991, 97. Jg., Nr. 27, S. 9.
- 68 Kaminsky 2016 (wie Anm. 4), S. 526–527.
- 69 Vgl. ebd., S. 574–575.

Der Autor Franz Waurig ist Historiker und Westslavist und arbeitet seit 2019 an der Gedenkstätte Buchenwald als wissenschaftlicher Mitarbeiter für das Forschungsprojekt „Gedenken ohne Wissen? Die sowjetischen Speziallager in der postsozialistischen Erinnerungskultur“.

Bernhard Post

Der Tod des letzten Großherzogs von Sachsen-Weimar-Eisenach vor 100 Jahren

Schloss Heinrichau als Exil

Wilhelm Ernst Carl Alexander Friedrich Heinrich Bernhard Albert Georg Hermann von Sachsen-Weimar-Eisenach (geb. 1876)¹, der letzte Monarch des Großherzogtums Weimar, wie die offizielle Bezeichnung des Staates ab 1903 lautete², wurde im Kreise der Familie „Welmi“ genannt. Er verstarb am 24. April 1923 in Heinrichau (heute: Henryków) in Schlesien. Dort hatte die Familie nach seiner Abdankung am 9. November 1918 ihren neuen Lebensmittelpunkt gefunden.³ (Abb. 1) Bei Schloss Heinrichau, etwa 50 Kilometer südlich von Breslau und 8 Kilometer nördlich der Kreisstadt Münsterberg (heute: Ziębice)⁴ gelegen, handelte es sich um ein 1810 aufgehobenes Kloster. Es gelangte zunächst in den Besitz von König Friedrich Wilhelm III. von Preußen (1770–1840) und dann seiner Schwester Prinzessin Friederike Louise Wilhelmine (1774–1837), der späteren Königin der Niederlande. Es ging schließlich 1863 in den alleinigen Besitz von Großherzogin Sophie von Sachsen-Weimar-Eisenach (1824–1897) über, die eine niederländische Prinzessin war.⁵ Aus der Erfahrung, dass die Oranier 1795 von den französischen Revolutionstruppen ins Exil vertrieben worden waren, wollte sie in weiser Voraussicht ihrer Familie im Falle politischer oder militärischer Unwägbarkeiten einen Rückzugsort sichern. (Abb. 2) Sie übertrug daher Heinrichau 1895 testamentarisch ihrem Enkel Wilhelm Ernst zum „alleinigen freien Besitz“.⁶ (Abb. 3) Der Besitz war damit nicht Teil des Fideikommiss-Vermögens der großherzoglichen Familie, das später gemäß Artikel 155 der Weimarer Reichsverfassung von 1919 aufzulösen war.⁷ Auf das „Kammervermögen einschließlich des dazu gehörenden Krongutes“ hatte dann der ehemalige Landesherr im Oktober 1921 gemäß Paragraph 1 des Auseinandersetzungsvertrags mit dem Gebiet Weimar gegen Zahlung einer Rente zu verzichten.⁸ An Immobilien in Thüringen verblieben waren der Familie die Fürstengruft in Weimar, das Schloss Wilhelmsthal bei Eisenach, die Forstbezirke Zillbach und Wasungen sowie Kunstgegenstände und Mobiliar.

Ungeschmälert verblieben war Großherzog Wilhelm Ernst hingegen dank der Voraussicht seiner Großmutter das Schloss Heinrichau mit den direkt angeschlossenen Betrieben sowie den zugehörigen 24 Gutsböfen und Vorwerken, auf denen insgesamt rund 1100 Beamte, Angestellte und Arbeiter



Abb. 1 Großherzog Wilhelm Ernst und seine Kinder Sophie (1911–1988) und Karl August (1912–1988), Erbgroßherzog von Sachsen, mit einem erlegten Hirsch, um 1918.

Foto: unbekannter Fotograf / Privatbesitz